

Bürgergruppen : Fluch oder Segen? [Dossier]

Autor(en): **Badilatti, Marco / Schmidt, Christian / Spring, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **75 (1980)**

Heft 6-de: **Bürgergruppen**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-174902>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bürgergruppen – Fluch oder Segen?

Jeder Urnengang belegt es aufs neue: Die Stimmbeteiligung der Schweiz sinkt seit Jahren. Behörden und politische Parteien zeigen sich besorgt über das Desinteresse des Bürgers am öffentlichen Geschehen. Man beklagt den Vertrauensverlust zwischen Bürger und Staat oder spricht sogar offen von «Systemkrise». Umgekehrt: Seit anfangs der 70er Jahre tun sich in Städten und Dörfern mehr und mehr Einwohner zusammen, um in sogenannten Bürgergruppen Verbesserungen der Wohn- und Lebensqualität durchzusetzen. Gefährden oder befruchten sie unsere Demokratie?

Das Phänomen der Bürgergruppen ist keineswegs neu – jedenfalls nicht auf dem Gebiet des *Heimat- und Naturschutzes*. Denn der Schweizer Heimatschutz und seine Sektionen sind selber hervorgegangen aus einer Art Volksbewegung gegen den Frevel an der Natur und gegen die Verunstaltung der Kulturlandschaft. Und im Laufe seiner Geschichte wurden Kämpfe ausgetragen, die in bezug auf Härte und Schwierigkeiten den Aktionen heutiger Gruppierungen in nichts hintennach standen, ja, diese sogar übertrafen. Geändert haben sich bestenfalls gewisse Themen und Methoden der Auseinandersetzung (Stichworte: Umweltschutz, Atomkraft, Quartierarbeit). Die Tatsache allein, dass in den letzten Jahren immer mehr Bürger dazu übergehen, sich nicht mehr blindlings durch Entscheidungen «von oben» und Ereignissen treiben zu lassen, sondern selbst – und nicht selten auf unkonventionelle Art! – die sie bedrängenden Anliegen anpacken oder mindestens auf sie aufmerksam machen, spricht im Grunde nicht gegen das demokratische System, sondern bezeugt doch eher, dass dieses so schlecht gar nicht funktioniert.

Ursachen und Entstehung

Aber: Sosehr die Selbsthilfebewegung fürs erste berechtigt erscheint, sosehr fragt sich, wieweit die Bürgergruppen überhaupt nötig sind und ob sie auch wirklich dazu beitragen, Probleme zu lösen und *Spannungen innerhalb unserer Gesellschaft* abzubauen, oder ob sie diese nicht noch verschärfen. Die Frage stellt sich um so zwingender, als die Schweiz – wie kaum ein zweites Land – ihren Bür-

gern ermöglicht, in öffentlichen Belangen mitzuentscheiden oder bestehende Einrichtungen zu ändern und zu verbessern. Uns regieren vom Volk gewählte Behörden, wir haben eine moderne und gut eingespielte Verwaltung, verfügen über ein breites Spektrum politischer Parteien, Verbände und Organisationen, und wir kennen schliesslich das Petitionsrecht, das obligatorische und das fakultative Referendum, das Initiativrecht, und jedem steht eine ausgebaute Justizordnung zur Seite, wenn er sich ins Unrecht versetzt glaubt. Brauchen wir unter solchen Umständen eine Bürgergruppen-Bewegung? Oder wird da die Demokratie nicht strapaziert und ad absurdum geführt in der Weise, dass wir die Kraft der Gemeinschaft immer mehr aufsplintern in Sondergrüppchen, Einzelinteressen und Egoismen jeder Art? Um dies beantworten zu können, müssen wir zunächst Klarheit gewinnen über die Ursachen der Bürgergruppen, müssen wir erforschen, warum und wie sie entstehen und was sie letztlich wollen.

Bürgergruppen zeichnen sich unter anderm dadurch aus, dass sie ihre Tätigkeit meistens beschränken auf kurzfristige *Einzelprobleme* eines begrenzten Kreises von Menschen, beispielsweise auf die Wohnlichkeit in einem bestimmten Quartier. Dies kann die Folge sein eines spontan aufkommenden Willens der Betroffenen, ihren Lebensbereich selbständig zu gestalten, so wie das ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht. Oder man will einer immer mächtiger, undurchsichtiger und unmenschlicher werdenden Bürokratie entgegentreten, den willkürlichen Entscheidun-

gen von anonymen, am Volksempfinden vobeiplanenden Technokraten den Kampf ansagen oder sich wehren gegen Spekulanten und «Geschäftlmacher». Konkret ist da etwa zu denken an das Tiefbauamt, welches die Durchgangsstrasse verbreitern möchte und damit den Anwohnern noch mehr Autos, Lärm, Gestank verheisst. Oder da kauft die Firma XY das traute Restaurant Sowieso, um an dessen Stelle ein Bürohochhaus aufzupflanzen. Ein weiterer Fall: die Stadtbehörden entscheiden, den Kindergarten oder das Schulhaus im Quartier zu schliessen und sie zusammenzulegen mit der Nachbarschaft. Und noch ein Beispiel: der kleine Park, der den Quartierbewohnern bisher als Naherholungszone diente, soll zur Bauzone erklärt werden usw.

Fast immer manifestiert sich hinter den Bürgergruppen *Unzufriedenheit* über bestehende Zustände, über Politiker, die den Kontakt zur Basis verloren haben, über Massnahmen von Behörden, Wirt-

schaftsunternehmen und über die «Anpasserei» etablierter Institutionen. Besonders in den Städten, wo zwischen dem Mann auf der Strasse und den Verwaltungszentren kaum mehr eine Beziehung besteht, muss man sich zwangsläufig auseinanderleben. Was Wunder, wenn da unter dem *Gefühl der Ohnmacht*, des *Ausgeliefert- und Isoliertseins* der Wunsch auftaucht, vermehrt mitplanen, mitreden, mitbestimmen zu können – wenigstens in Fragen, die noch einigermaßen überschaubar und daher leichter zu beeinflussen sind als die «hohe Politik, von der wir ja ohnehin nichts verstehen und die mit uns sowieso macht, was sie will.» Deshalb setzen sich die meisten Bürgergruppen für Belange ein, die sie direkt betreffen: für ein wohnliches Quartier, für Grünflächen und Bäume, für einen Spielplatz, für Wohnstrassen, preisgünstige Wohnungen usw. Das sind aus der Sicht der Betroffenen legitime Interessen.

Auch international...

Europarat will Bürger mit Stadterneuerungs-Kampagne aktivieren

shs. Bis Anfang 1982 soll eine Ende Oktober vom Europarat lancierte Stadterneuerungs-Kampagne dauern. Sie bezweckt, das Leben in der Stadt über die gebaute Umwelt und durch die Aktivierung des sozialen und kulturellen Lebens in Zusammenarbeit mit den angesprochenen Gemeinden und Quartieren zu verbessern. Im Kampf gegen Lärm, Abgase und Staub, in der Förderung des öffentlichen Verkehrs, der Schaffung von Grünflächen und verkehrsberuhigten Zonen, der Verbesserung von Gemeinschaftseinrichtungen, der Erhaltung alter und der Gestaltung neuer Viertel möchte man den einzelnen Bürger aus der Passivität herausholen und ihn einbeziehen in die Planung und Gestaltung seines Lebensraumes. Praktisch alle 21 Mitgliedstaaten des Europarates haben ihre Teilnahme zugesagt, wobei jedes Land seine spezifischen Probleme behandeln will. Das schweizerische Komitee, dem auch die Präsidentin des Schweizer Heimatschutzes, Frau Dr. Rose-Claire Schüle, angehört, wird geleitet vom Winterthurer Stadtpräsidenten Urs Widmer und will sich vor allem mit Fragen des Wohnens, des öffentlichen Verkehrs, der Umwelt und der Abwanderung von den Städten in die Vorortsgemeinden beschäftigen.

Mühsamer Verständigungsprozess

Trotzdem wittern die Behörden hinter den Bürgergruppen noch allzuhäufig lediglich notorische *Spielverderber* und die politischen Parteien und bestehende Körperschaften wännen sich von ihnen *konkurrenziert*. Beides ist ebenso falsch wie jenes anmassende Gebaren seitens gewisser heissblütiger Bürgerbewegungen, die vor lauter Quartiereifer die Stadt und das Land nicht mehr sehen. Man mag über Bürgergruppen halten, was man will, mag sie ins Pfefferland wünschen oder hochjubeln, mag sie als staatsgefährlich oder demokratiefördernd beurteilen, sicher ist eines: sie sind da und mit ihnen ist zu rechnen. Wer das ignoriert, könnte sich an ihnen leicht die Finger verbrennen. Behörden, Verwaltung und Parteien versuchen daher – wenn auch zaghaft – mit solchen Gruppierungen ins Gespräch zu kommen, ihnen auf den Zahn zu fühlen. Es sind auch verschiedenerorts Ansätze vorhanden, das gegenseitige Misstrauen zu überwinden und allmählich eine gemeinsame Sprache zu finden. Und in einzelnen Fällen hat sich der Dialog sogar zu einer *partnerschaftlichen Zusammenarbeit* weiterentwickelt, zu Beziehungen, die nicht nur den Gegenspielern dienen, sondern als Erfahrungen und Modelle auch einer breiteren Allgemeinheit.

Die Bereitschaft, die Bürgergruppen angemessen am *Willens-, Meinungs- und Entscheidungsprozess* teilhaben zu lassen, hat zweifellos zugenommen, aber es bedarf hüben wie drüben noch grosser Anstrengungen, um die noch zahlreichen Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Der Verständigungsprozess wird um so rascher voranschreiten, als die

etablierten Einrichtungen sich wieder vermehrt der Tatsache bewusst werden, dass die Demokratie nur funktionieren kann, wenn die rechtmässig gewählten Entscheidungsträger und deren Ausführungsorgane dauernd am *Puls des Volkes* bleiben und in dessen Geist und nach dessen Herz handeln (Zwei Herren dienen kann man nicht!). Auf der andern Seite kommen die Bürgerbewegungen nicht darum herum, ihr Rollenverständnis in Zukunft klarer zu definieren und die Folgen, die sich daraus hinsichtlich ihrer *gesellschaftlichen Mitverantwortung* ergeben, voll auf sich zu nehmen (Vogel-Strauss-Politik genügt jedenfalls nicht!).

Kritisch durchleuchtet

An dieser Stelle sei versucht, aus den bisherigen Ausführungen *Vor- und Nachteile der Bürgergruppen* zusammenfassend und nüchtern-kritisch darzustellen. Beginnen wir mit den *positiven Aspekten*: Bürgerinitiativen wurzeln in der Bevölkerung. Sie beleben die Gemeinschaft – jedermann zugänglich – von der Basis her, aktivieren den Bürger und ermuntern ihn dazu, sich um die öffentlichen Belange seines unmittelbaren Lebensraumes zu kümmern. Damit wirken sie dezentralisierend und entlasten den Staat. Denn: was der Bürger selber erledigt, bleibt diesem erspart. Bürgergruppen können ausserdem gegenüber den politischen Entscheidungsträgern Barometer-Funktionen erfüllen und zwischen Regierung und Volk vermitteln. Ihr spontaner und idealistischer Charakter vermag schöpferische Prozesse in Gang zu bringen, die weder in Amtsstuben noch in andern festgefügt Organismen möglich sind, und die zu ebenso originellen wie nützlichen Problemlösungen im Dienste der Öffentlichkeit führen können.

Und die *Kehrseiten*? Bürgergruppen sind in der Regel zeitlich, thematisch und geographisch eng begrenzt. Das begünstigt das Scheuklappen-Denken und die Schwarzpeter-Mentalität. Es verleitet zu einseitiger Schau der Dinge und folglich auch zum Kampf um reine Partikularinteressen. Nur die Verkehrsentlastung im eigenen Quartier ist wichtig; ob sie auf dem Buckel des Nachbarn erfolgt, kümmert wenig! – Zudem lähmt der Mangel an Dauerhaftigkeit, an organisatorischer Struktur sowie an personellen und finanziellen Mitteln die Durchschlagskraft und den Wirkungsgrad solcher Gruppen in hohem Masse, weshalb ihnen oft, kaum den Startlöchern entrannt, bereits der Schnauf ausgeht. Schliesslich sind Bürgergruppen gerade wegen ihrer Unbekümmertheit gefährdet, von Ideologen aller Sorten unterwandert und verpolitisiert zu werden.

Was sind Bürgergruppen?

Ba. Bürgergruppen oder Bürgerinitiativen, wie sie vor allem in der Bundesrepublik Deutschland genannt werden, sind «Zusammenschlüsse von Einwohnern eines Gebiets, in loser oder organisierter Form (zum Beispiel als Verein), um Nachteile aus Planungen der Stadt oder des Staates (zum Beispiel einer Strasse) abzuwehren, fehlende notwendige Einrichtungen in einem Gebiet durchzusetzen (zum Beispiel einen Kindergarten) oder vorhandene Einrichtungen zu erhalten (zum Beispiel eine Liegenschaft)». Soweit die Definition aus «Labyrinth Stadt, Ein Handbuch für Bewohner, Köln 1975». Diese Umschreibung gilt im wesentlichen auch für die Schweiz, obwohl aufgrund unserer Staatsstruktur ausländische Modelle nicht ohne weiteres auf unser Land übertragen werden können.

Immerhin: Charakteristisch an den Bürgergruppen ist auch bei uns, dass sie in der Regel spontan entstehen, sich einer konkreten Sachfrage aus dem unmittelbaren Lebensbereich ihrer Beteiligten widmen, jedermann offenstehen, locker und ohne feste Einrichtungen (Vorstand, Statuten, Organisation, Administration) arbeiten und sich nach Abschluss ihrer Aktion meistens wieder auflösen.

Bürgergruppen und Heimatschutz

Wägt man Für und Wider gegeneinander ab, kommt man um den Schluss nicht herum, dass die Bürgerbewegungen als überparteiliche Organe eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen und noch mehr spielen könnten. Für den *Schweizer Heimatschutz* und dessen *Sektionen* sind sie daneben überaus lehrreich. Denn auch wir sind durch sie angesprochen, ob unsere Verbandspolitik in jedem Fall volksnah genug war und ist oder ob wir nach 75 Jahren die Heimat nicht etwas allzu weit an den Bedürfnissen des heutigen Menschen vorbeischützen. Die grosse Tradition unserer Vereinigung, ihre Strukturen, Erfahrungen und ihr stabiler, wenn auch nicht übermässiger Finanzrückhalt vermöchte umgekehrt mancher Bürgergruppe gerade das zu geben, was ihr fehlt, und so im Interesse gemeinsamer Ziele zu einem wertvollen Partnerschaftsverhältnis zu führen. Gerade in einem idealen Aufgabenbereich wie demjenigen des Heimatschutzes, der mannigfachen Widerständen ausgesetzt ist, muss alles unternommen werden, um die zahllos versplitterten Kräfte zu koordinieren und zu vereinen!

Marco Badilanti

Bürgergruppen: Fallbeispiele quer durchs Land

Widerstände sind zum Überwinden da

Sind die Bürgerinitiativen in der Schweiz erfolgreich? Haben sie gegen behördlichen Widerstand, gegen die Apathie und Schicksalsergebenheit zahlloser Bürger eine Chance? Ist ihre Arbeit auch nützlich – oder ist sie nur ein Tropfen auf den heissen Stein? Wie arbeiten die Gruppen, um ihre Ziele zu erreichen? – Anhand der Aktivitäten von zwölf Bürgervereinigungen, die auf lokaler oder regionaler Ebene sowohl um die Erhaltung als auch um die Verbesserung der Lebensqualität kämpfen, sollen diese Fragen über Erfolg, Funktions- und Arbeitsweise der einzelnen Gruppen abgeklärt werden.

Ein Schlagwort macht die Runde: «Die machen ja sowieso, was sie wollen!» Gemeint sind die *Behörden*. Die Behörden, die den Bürgern demnach andauernd auf die Füsse treten. Verallgemeinert kann dieses Schlagwort aber nicht werden, da zahlreiche Bürgerinitiativen einen guten, engen Kontakt zu den Behörden haben. Andere aber stehen mit ihnen auf offenem Kriegsfuss – Polizeieinsätze! –, da sie sich in ihren Absichten grundsätzlich gegenüberstehen. Es muss also zwischen Vereinigungen unterschieden werden, die sich als verlängerten Arm der Behörden betrachten und deren Ideen durchzusetzen versuchen, und jenen Gruppierungen, die opponieren.

Die meisten der Vereinigungen können auf einige erreichte *Ziele* – oder *Teilziele* – hinweisen: Seien es nun restaurierte Häuser in einer Altstadt oder ein verhindertes Strassenprojekt durch ein Wohnquartier. Fast überall steckt dahinter aber mühselige Kleinarbeit, die von den Beteiligten ein überdurchschnittliches Mass an Idealismus verlangt. Spontane Erfolge – wie 9000 Unterschriften für eine Initiative in zwei Tagen; 4000 wären nötig gewesen – geben der entsprechenden Gruppe jedoch wieder Kraft für neue, zermürendere Aktionen. Dass sich die Bürger aber immer so deutlich und raschentschlossen hinter die Ziele einer Vereinigung stellen, ist nicht von sich aus verständlich: Die Passivität – oder Resignation? – der in ihrer Lebensqualität beeinträchtigten Bürger wurde öfters beklagt.

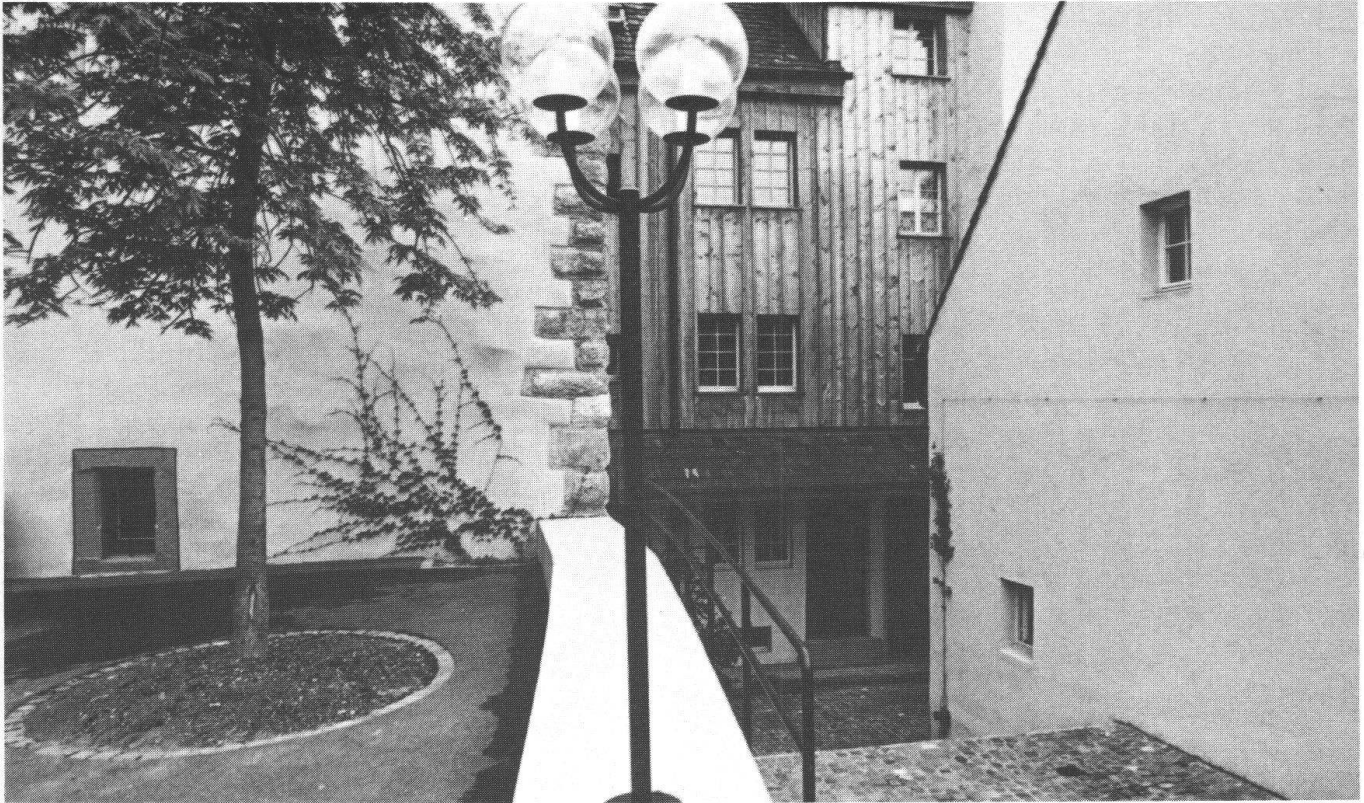
Die Bürgervereinigungen, die meistens seit fünf, selten seit zehn Jahren existieren und zwischen zwanzig und dreitausend Mitglieder haben, bedienen sich der *verschiedensten Mittel*, um ihre Ideen zu verwirklichen. Währenddem die einen sich hauptsächlich auf Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren, mit Festen, Strassentheatern und Zeitungsartikeln auf sich aufmerksam machen, beschränken sich andere darauf, möglichst viele politische Amtsträger in ihren Reihen zu haben und so Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen. Dritte bedienen sich vor allem rechtlicher Mittel, lancieren Petitionen und Initiativen.

Schaffhausen: Gerettet und saniert

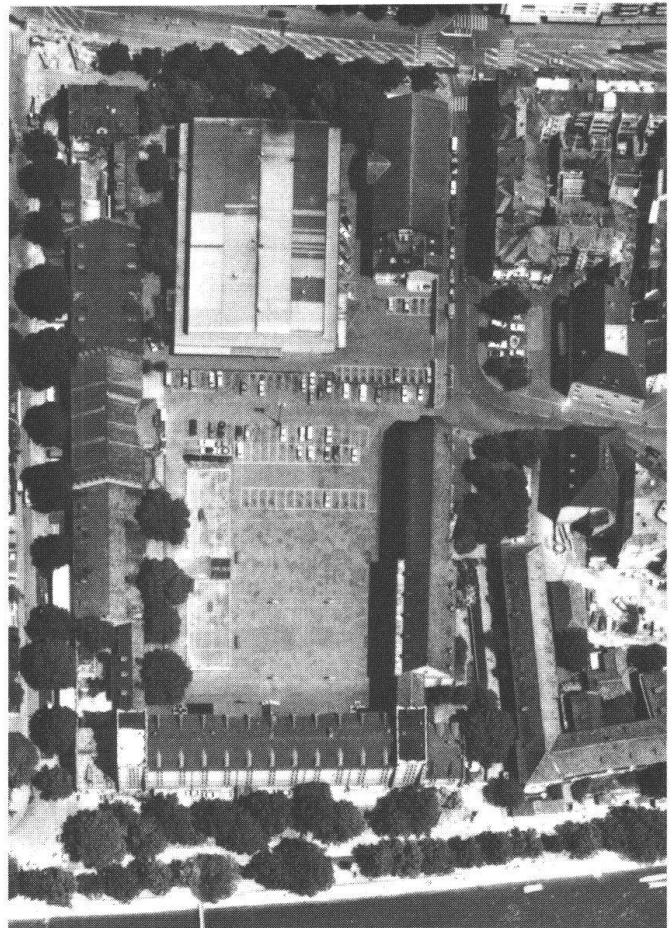
Auf guter und enger Basis arbeitet die IGAS, die «**Interessengemeinschaft Altstadt Schaffhausen**», mit den Behörden zusammen. Mit ihren hundert Mitgliedern versucht die als nicht gewinnorientierte Genossenschaft organisierte Bürgergruppe die Schaffhauser Altstadt lebensfähig zu erhalten, indem sie preisgünstigen und zeitgemässen Wohnraum anbietet. Zudem will sie die Durchmischung von Wohnen und Arbeiten fördern. Bis heute gelang es der Genossenschaft, vier Altstadt Häuser zu sanieren. Diese hat sie von der Stadt – im Baurecht – erhalten, da die Behörden selbst keine Möglichkeit sahen, die Gebäude instand zu stellen. «Die Sanierungen sind gut gelungen, wir können im Vergleich zur übrigen Stadt günstigeren Wohnraum anbieten, und es haben sich auch Gewerbebetriebe bei uns eingemietet.» Daher ist *Heinz Baumgartner* von der IGAS mit den bisher erreichten Resultaten zufrieden. «Doch die Genossenschaft ist natürlich noch an weiteren Häusern interessiert.» Mit ihrer Arbeit versucht die seit 1975 bestehende Interessengemeinschaft einerseits Beispiel für die Sanierungsmöglichkeiten einer Altstadt zu zeigen und andererseits durch ihre Aktivitäten auch ein Ansporn für andere Orte zu sein.

Fribourg: Den Bürger aufwecken

«Da der Kanton Fribourg bis heute das Referendumsrecht nicht kennt, da keine Initiativen eingereicht werden können und Rekurse nur von Einzelpersonen angenommen werden, sind unsere



Bürgervereinigungen setzen sich oft für die Erhaltung von Hochbauten ein: Währenddem in Schaffhausen eine Interessengemeinschaft vier Altstadt Häuser saniert hat (Bild oben), wehrt sich eine Gruppe in La Chaux-de-Fonds für die Erhaltung der «Manege», ein Kollektivwohnhaus aus dem 19. Jahrhundert. Die Aufnahme links unten (Bild: Emery) zeigt das neugotische Dekor im Innenhof der Manege. In Basel will eine andere Bürgergruppe die alte Kaserne zu einem sozialen und kulturellen Treffpunkt umwandeln (Flugbild Vermessungsamt Basel-Stadt. Alle Rechte vorbehalten).



rechtlichen Möglichkeiten ziemlich eingeschränkt.» So *Gérard Bourgarel*, Initiant der Vereinigung «**Pro Fribourg**». Sie besteht seit 1963. Nachdem sie ihre Aktivitäten anfänglich vor allem auf die Altstadt ausgerichtet hatte, ist ihr heute die ganze Stadt zu einem Anliegen geworden. Die wichtigste Waffe der «Pro Fribourg» ist ihr alle drei Monate erscheinendes Heft. Darin setzt sich die bald 2000 Mitglieder zählende Vereinigung kritisch mit den Vorgängen in der Altstadt auseinander, da diese in ihren Augen trotz behördlicher Vorschriften noch ungenügend geschützt ist. In den neueren Quartieren der Stadt sind ihr namentlich die Gebäudekomplexe der Banken, Versicherungen und Warenhäuser ein Dorn im Auge. Aber auch der Verkehr und die Lage der Fussgänger wird in den Publikationen der «Pro Fribourg» immer wieder aufgegriffen. «Was wir bis heute erreicht haben: einige Häuser wurden restauriert, der Bau einer Schnellstrasse durch die Stadt konnte verhindert und ein Parkplatz-Projekt bei der Fribourger Kathedrale zumindest aufgeschoben werden. Wichtig ist auch, dass die «Pro Fribourg» heute weitherum bekannt ist. Eines unserer vorrangigsten Anliegen ist es aber immer noch, den Bürger weiter aufzuwecken.»

Basel: Kaserne als «Quartiertreffpunkt»

«Die alte, in der Basler Innenstadt gelegene Kaserne soll nicht abgebrochen, sondern der Bevölkerung als sozialer und kultureller Treffpunkt zur Verfügung gestellt werden.» So lautet das Ziel von *Alfred Kunz*, Präsident der «**Interessengemeinschaft Kasernenareal**» (IKA). Seit 1974 strebt die Bürgerinitiative mit ihren 80 Mitgliedern dieses Ziel an; denn den Kleinbasler Quartieren fehlt es an Grünfläche, an Kinderspielplätzen und an Treffpunkten ganz allgemein. Im vergangenen Jahr gelang es der IKA nun, verschiedene Räume der alten Kaserne zu mieten und sie für soziale und kulturelle Zwecke einzurichten. 1980 wurden weitere Räume provisorisch umgebaut, so dass nun neben dem Spielestrich, der Kinderkrippe, dem Jugendcafé und neben mehreren Künstlerateliers auch Theaterräume und eine Kulturwerkstatt bestehen. Heute sei die Kaserne nicht mehr vom Abbruch gefährdet, betonte Kunz. Durch die Einreichung von mehreren Initiativen wurde die Zukunft der Kaserne nun zusammen mit den Behörden «partnerschaftlich» geplant. Nicht zufrieden ist Kunz mit dem Echo der Aktionen der IKA in der Bevölkerung: «Es könnte besser sein. Die Bevölkerung ist zu lethargisch.»

Lausanne: Nur Handeln bringt Erfolg!

Ende 1975 gelang es der seit 1969 bestehenden Bürgerinitiative «**Mouvement pour la Défense de Lausanne**» durch ein Referendum die Auffüllung der Bucht von Dorigny am Genfersee zu verhindern: 43000 Unterschriften konnten anstatt der 12000 notwendigen gesammelt werden. Und in der folgenden Abstimmung lehnte die Waadtländer Bevölkerung das Projekt mit grosser Mehrheit ab. Allgemeines Ziel der Lausanner Bürgerbewegung ist der Schutz von Grünzonen, Parks und Gebäuden. Neben dem markanten Erfolg im Kampf um die Erhaltung der Bucht von Dorigny war sie auch mit Rekursen gegen Quartierpläne, Neubauten und die Überbauung von Grünzonen erfolgreich. «Zurzeit sind wir mit ungefähr hundert Problemfällen beschäftigt – und davon sind etwa zehn ziemlich heiss», bemerkte *Laurent Trivelli* zu den Aktivitäten seiner Bürgerinitiative. «Was uns neben den guten Kontakten mit der Presse bei der Durchsetzung unserer Ziele besonders hilft, ist die Mitgliedschaft mehrerer Gemeinderäte verschiedenster politischer Richtung in der Bewegung.»

Zürich: 9000 Unterschriften in 48 Stunden

«Die Zürcher Einwohner erkennen immer mehr, dass die restlichen Grünflächen im Stadtgebiet erhalten werden müssen. Meines Wissens ist eine Initiative wie diejenige der «**Städtzürcherischen Vereinigung für Heimatschutz**» (Untergruppe der



SHS-Sektion Zürich) noch nie so schnell zustande gekommen: Innerhalb 48 Stunden erhielten wir für die Initiative «Rettet den Burghölzli» 9553 Unterschriften.» Mit der Initiative geht es *Roman G. Schönauer*, Präsident der Stadtzürcherischen Vereinigung für Heimatschutz, aber nicht nur darum, den grünen Burghölzli vor einer teilweisen Überbauung mit Mehrfamilienhäusern zu bewahren, sondern ebenso auch um die Erhaltung der Lebensqualität in den angrenzenden Quartieren. Erfolgreich war der Heimatschutz auch in bezug auf ein Sanierungskonzept der Zürcher Verkehrsbetriebe: Mit einer Stellungnahme gegen das Konzept – aus verkehrspolitischen und heimat-schützerischen Gründen – konnte die Vereinigung dazu beitragen, dass die Planungskommission des Gemeinderates das Konzept ablehnte. Im manchmal glücklich, manchmal erfolglos geführten Kampf gegen den Abbruch von schutzwürdigen Einzelbauten gelang dem stadtzürcherischen Heimatschutz kürzlich eine seiner Aktionen: die Zürcher Villa «Falkenstein» – ein Musterbeispiel der Neugotik – konnte vor dem bereits bewilligten Abbruch gerettet werden.

La Chaux-de-Fonds: «Sauvons le Manège»

Um eines der originellsten Gebäude ihres Ortes – die Manege – zu erhalten, haben sich in La Chaux-de-Fonds 20 Bürger zur Vereinigung «**Sauvons le Manège**» zusammengeschlossen. Erbaut wurde die Manege 1855 für die Reitertruppen der jungen Re-

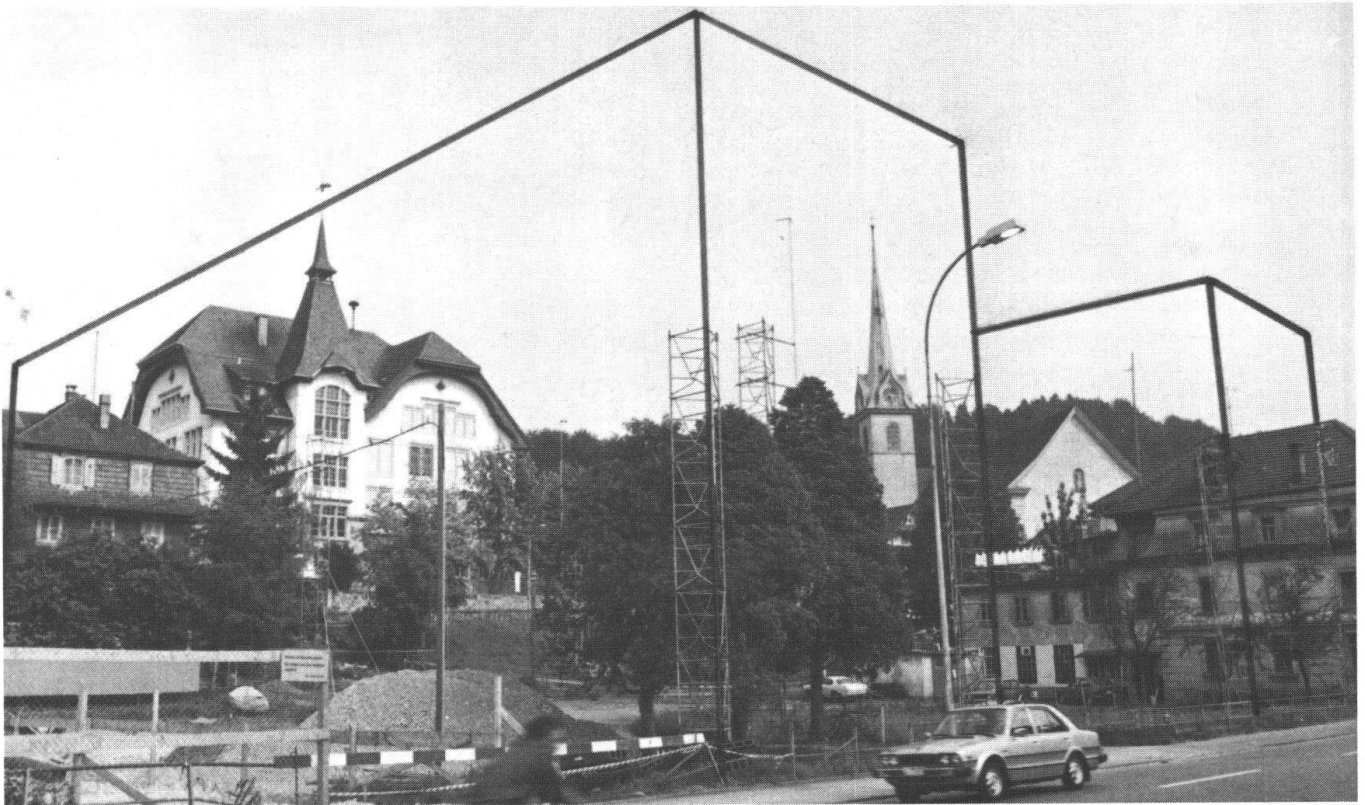


publik Neuenburg. Später wurde sie in ein Wohnhaus umgewandelt, wobei die Form des Zusammenwohnens von den sozialistischen Ideen des 19. Jahrhunderts geprägt war. Architektonisch interessant an der Manege ist der Gegensatz zwischen ihrer kahlen, strengen Fassade und dem phantasievoll ausgebauten Innenhof. Nachdem die Manege in den vergangenen Jahren mehrmals den Besitzer zu Spekulationspreisen wechselte und dann unbewohnt immer mehr dem Zerfall preisgegeben war, begann sich die Bürgerinitiative um *Marc Emery* für die Manege einzusetzen: «Es gelang uns, die Behörden von der Idee, die Manege niederzureissen, abzubringen. Zudem erhielten wir ein Jahr Zeit, um ein Renovationsprojekt auszuarbeiten. Für den Kauf der Manege haben wir eine Vereinigung gegründet, die das Haus restaurieren und es dann verschiedenen öffentlichen Zwecken, Geschäften und kulturellen Aktivitäten zur Verfügung stellen soll.»

Genf: Auf Konfrontationskurs

Ungefähr 80 Prozent der Häuser im Genfer Quartier «Les Grottes» gehören der Stadt. Gekauft wurden die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Häuser, da die Genfer Behörden einen Teil des Quartiers neu aufbauen wollten: 1400 der zum Teil heruntergekommenen Wohnungen sollten abgerissen und durch neue Wohnhäuser, Industrie-, Handels- und Gewerbebetriebe ersetzt werden. Gegen dieses Projekt begann sich jedoch 1975 die «**Action populaire aux Grottes**» (APAG) vehement zu wehren: Sie organisierte nicht nur Kundgebungen, Strassentheater und Feste, um die Öffentlichkeit gegen das Vorhaben der Behörden zu gewinnen, sondern besetzte auch zahlreiche der Stadt gehörende Häuser. Und nach langem Kampf, verschiedenen Polizeieinsätzen – «allerdings ein erfolgloses Mittel», so *Remy Pagani* von der APAG – gelang es der aktiven Gruppe, das Projekt der Stadt zu Fall zu bringen. 1979 kam die Stadt mit neuen Plänen: Das Quartier sollte nicht mehr abgerissen und neu aufgebaut, sondern renoviert werden. Und zwar teilweise umfassend, teilweise leicht. Wiederum wehrte sich die APAG, da die umfassenden Renovationen, so Pagani, unnötig seien und zudem die alten Mieter aus ihren Wohnungen geworfen würden. Also wurden 70 Wohnungen be-

Der Zürcher «Burghölzli» gehört zu den letzten unüberbauten Grünflächen auf Stadtgebiet: Mit einer Initiative – sie erhielt innerhalb von 48 Stunden 9000 Unterschriften – kämpft die Stadtzürcherische Vereinigung für Heimatschutz gegen ein geplantes Überbauungsprojekt (Bild: Stauss).



Sollen auf dem Horwer Grundstück «Kirchmatte» zwei sechsgeschossige Flachdachbauten – gemäss den eingezeichneten Profilen – entstehen? Zwei Vereinigungen wehren sich dagegen: Sie wollen auf der Parzelle einen Ort der Begegnung schaffen (Bild oben: Bösch). Um die Spiezer Bucht grün zu erhalten, versucht eine Vereinigung mit Quadratmeteraktionen möglichst viel des gefährdeten Landes aufzukaufen (Bild Mitte). Charakteristisch für die Architektur landwirtschaftlicher Bauten im Maggiatal sind die Roggen-Speicher (unten). 74 dieser teilweise aus dem 13. Jahrhundert stammenden Gebäude hat eine Bürgergruppe katalogisiert.

setzt – und sie sind es auch heute noch. Einverstanden ist die APAG indessen mit den leichten Renovationen. «Unser Verhältnis zu den Behörden? – Das lässt sich kaum anders als «äusserst schwierig» bezeichnen.»

Spiez: Schützen heisst Kaufen

Um einen «schönen Flecken unseres Landes» zu bewahren – nämlich die Bucht des Thunersees bei Spiez BE –, taten sich Spiezer Einwohner zum Verein «**Freunde einer grünen Bucht**» zusammen. Ziel dieser Bürgerinitiative ist es, die Planung im Buchtgebiet nicht nur den Behörden zu überlassen: Durch aktive Mitwirkung bei Planungsfragen, durch den Erwerb von Grundstücken in der Spiezer Bucht sowie durch Öffentlichkeitsarbeit will der Verein die Bucht schützen. Der seit 1978 bestehende und über 600 Mitglieder aufweisende Verein konnte in diesem Sommer einen grossen Erfolg verzeichnen: Ein neuer Überbauungsplan für die Bucht wurde von der Bevölkerung abgelehnt. Da ein dauernder Landschaftsschutz aber nur durch den Kauf der bedrohten Grundstücke erreicht werden kann, hat der Verein nun eine Finanzierungsaktion gestartet. Pressesprecher *Stefan Kocherhans*: «Eine erste regionale Quadratmeteraktion ergab bereits 200 000 Franken, und von verschiedenen Organisationen erhielten wir weitere Beiträge in der Höhe von 175 000 Franken.» Weitere Sammlungen sollen die finanzielle Belastung der Gemeinde, die mit einem – noch gutzuheissenden – Kredit weitere Grundstücke aufkaufen will, möglichst niedrig halten. Gemäss der Zielsetzung des Vereins sollen die aufgekauften Grundstücke in öffentlichen Besitz übergeführt und der Öffentlichkeit auch zugänglich gemacht werden.

St. Gallen: Dienstleistungsbetrieb

Da in St. Gallen der Schutz der Altstadt nach der Ansicht des Vereins «**Pro Schwertgasse**» gemäss dem gängigen Muster – «Lasse einen Baum stehen, und du kannst getrost ein Quartier niederreissen» – betrieben wird, versucht die seit 1978 bestehende Bürgerinitiative durch den Erwerb von Häusern an der Schwertgasse diesen Teil der St. Galler Altstadt nicht nur zu erhalten, sondern ihn auch neu zu beleben. Der Verein «Pro Schwertgasse» versteht sich weiter als eine Art selbstloser Dienstleistungsbetrieb: Er erarbeitet Pläne, weist auf Finanzierungsmöglichkeiten hin, organisiert Flohmärkte als Öffentlichkeitsarbeit, schreibt Beschwerden gegen unerträglichen Lärm sowie noch unzumutbarere bauliche Veränderungen und rettet das Patent einer Quartierbeiz. Gekauft wurden

bis heute – von der Genossenschaft «Pro Schwertgasse» – zwei Häuser: Das eine musste mit beträchtlichem Aufwand renoviert werden, währenddem das andere wohl einfach eingerichtet, aber durchaus bewohnbar ist. «Mit den erreichten Zielen sind wir aber nur halb zufrieden», erklärte *Rolf Vetterli*, «da uns einerseits die Durchmischung von Wohnen und Arbeiten nur ungenügend gelang und andererseits die Mieten im sanierten Haus zu hoch angesetzt werden müssen.» Ein anderes wichtiges Ziel hat der Verein allerdings erreicht: Die Behörden gestehen ihm bei Renovationen der Stadt ein informelles Mitspracherecht zu.

Valle Maggia: Die Kultur des Tales erhalten

Die architektonische und künstlerische Vergangenheit des Maggiatales zu schützen hat sich die «**Associazione per la protezione artistica e architettonica di Valmaggia**» (APAV) vorgenommen. So begann die Bürgergruppe 1975 in den 26 Gemeinden des Maggiatales ein Inventar der für das Tal typischen Roggenspeicher aufzunehmen. «Wir fanden insgesamt 74 dieser Speicher», erklärte *Armando Donati*. «Um diese für die architektonische Geschichte des Tales wichtigen Gebäude zu erhalten, beschloss die APAV in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege und den Grundeigentümern, einige dieser Speicher zu restaurieren. Dazu sammeln wir jetzt Geld.» 1978 fing die APAV neben der Katalogisierung der Speicher auch mit einer Bestandesaufnahme der Kapellen im Maggiatal an. Allgemein lege die APAV, so Donati, grossen Wert auf die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Denn dadurch könne sie für die Werte der kulturellen Vergangenheit des Tales sensibilisiert werden. Um ihre Anliegen publik zu machen, organisiert die APAV auch Ausstellungen über ihre Arbeit. Neben dem Einsatz für das architektonische und künstlerische Erbe der Talschaft betreibt die Bürgergruppe auch Landschaftsschutz. So wehrt sie sich zurzeit gegen eine Telefonfreileitung entlang eines unberührten Berghanges.

Horw: Initiativen gegen den Zonenplan

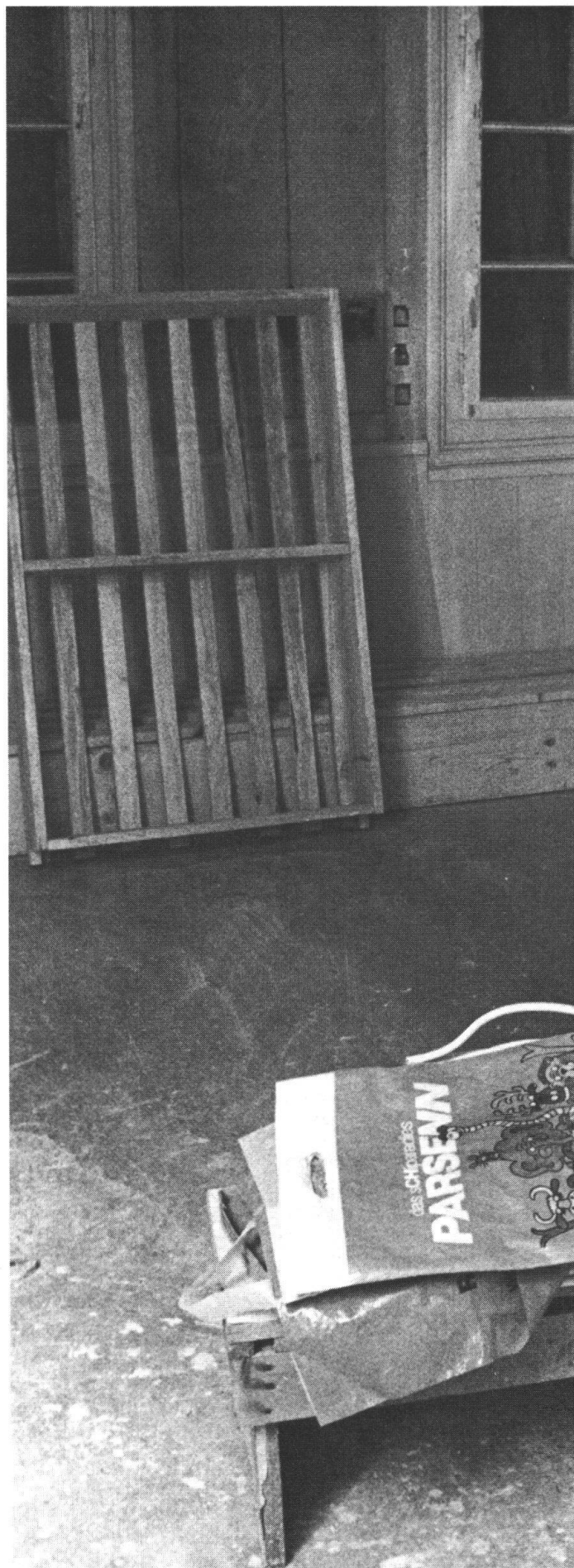
In 35 Punkten waren die Vereinigung «**Pro Halbinsel Horw**» sowie der «Natur- und Vogelschutzverein Horw» mit dem Zonenplan der Gemeinde Horw LU uneinig. Und gegen die schwerwiegendsten Differenzen gingen die beiden Bürgergruppen nicht nur mit einer Einsprache vor, sondern lancierten drei Initiativen: In zwei Fällen sollen infrastrukturell weitgehend unberührte und landwirt-

schaftlich intensiv genutzte Liegenschaften durch Umzonungen vor baulicher Expansion und Spekulation geschützt werden. Mit der dritten Initiative wehren sich die beiden Vereinigungen gegen die Überbauung eines neben der Dorfkirche gelegenen Grundstückes mit zwei sechsgeschossigen Wohn- und Geschäftshäusern. Gefordert wird dagegen die Umzonung des Grundstückes in die Zone für öffentliche Zwecke: An dieser Stelle soll ein Dorfplatz als Ort der Begegnung und Erholung geschaffen werden. «Für alle drei Initiativen erhielten wir innerhalb kürzester Zeit genügend Unterschriften. Wir werden aber weitersammeln, bis wir tausend für jede haben: damit der Gemeinderat den Willen der Bevölkerung erkennt.» So *Otto Matthias Bucher*, Präsident der «Pro Halbinsel Horw». Mit ihren Aktionen wehren sich die beiden Gruppen gegen die Preisgabe des Dorfbildes von Horw und gegen die systematische Verstädterung «im Eilzugstempo».

Wettingen: «Schockwirkung»

Obwohl sich das Verhältnis der «Vereinigung für ein wohnliches Wettingen» zu den Behörden stark gebessert hat und die Gemeinde den Namen der Bürgergruppe – sofern sie auf seiten der Behörden steht – bei einigen Projekten schon als Werbung benutzt hat, schliesst es *Heinz Läufer*, Präsident der Vereinigung, nicht aus, dass «auch wieder einmal auf die Barrikaden gestiegen wird». Entstanden war die Bürgergruppe 1977, als die Lebensqualität von 4500 Einwohnern der Aargauer Gemeinde gefährdet war: Die bestehende Kantonsstrasse durch Wettingen sollte verlegt werden – und zwar in ein ausgesprochenes Wohnquartier. Dagegen sammelte die Bürgervereinigung über 2300 Unterschriften. Die Zahl der Unterschriften wirkte, nach Läufer, «schockartig» auf den Gemeinderat und die Planungskommission. Eine Delegation der Vereinigung wurde darauf von den Behörden zu einer Diskussion eingeladen: Es gelang ihr, dass die geplante Verlegung der Kantonsstrasse – «zumindest für die nächsten 20 Jahre» – aufgeschoben und dass das bestehende Verkehrskonzept weitgehend unverändert belassen wurde. Mit den bisher erreichten Resultaten ist Läufer zufrieden. Grundsätzliches Ziel der Vereinigung ist es, die Wohn- und Lebensqualität in Wettingen zu erhalten und diese gegen beeinträchtigende Projekte zu verteidigen. *Christian Schmidt*

Quelle: «Bürgergruppen – Beteiligung – Wohnlichkeit», Stiftung Wohnen und Öffentlichkeit/Pro Fribourg, Editions du Ciedart 1980, Venedig.





Zum Beispiel Kirchenfeld-Brunnadern:

Testfall für offene Planung im Quartier

Bietet unsere Demokratie nicht genügend Gewähr, dass nur gute und zeitgemässe Planungen genehmigt werden? Brauchen wir neben den institutionalisierten politischen Entscheidungsträgern noch die Mitarbeit der von unseren Planungen direkt Betroffenen, und bringt die «offene Planung» wirklich bessere Ergebnisse? Diesen Fragen soll an einem konkreten Beispiel nachgegangen werden: der Quartierkommission Kirchenfeld-Brunnadern in Bern.

In der Stadt Bern besitzt jedes Quartier seine Besonderheiten:

- *verschiedenartige Bebauungsstrukturen aus verschiedenen Zeitepochen,*
- *unterschiedliche Abhängigkeit vom eigenen Quartierzentrum oder vom Stadtzentrum,*
- *Unterschiede in der Bebauungsstruktur und im architektonischen Wert von Einzelbauten und Baugruppen,*
- *sehr unterschiedliche Durchmischung der Nutzungen, im Guten wie im Schlechten,*
- *verschiedenartige Durchgrünung und Bezug zu Freiräumen.*

Diese Besonderheiten prägen auch die Einstellung der Bewohner zu «ihrem» Quartier. Mit allgemeinen Zielvorstellungen über die Stadtentwicklung und mit allgemeingültigen Bau- und Nutzungsvorschriften allein ist die Erhaltung der Werte eines Quartiers nicht gesichert. Die Quartierbewohner haben ihre eigenen Vorstellungen über die «menschliche Umwelt». Darauf sollte die Planung soweit möglich eintreten.

Die Fachkommission als Versuch

In der Stadt Bern kam es 1973 zu einem ersten politischen Vorstoss für *Quartierkommissionen*. Auch

Einzelne Bürgergruppen setzen sich auch ein für die Wiederbelebung von Altbauten. Im ehemaligen Armenhaus von Zürich-Oberstrass beispielsweise wurden einzelne Räume vom Verein Arbeitsgruppe Jugendtreff renoviert. Die Gründung dieses Vereins ist auf die Tätigkeit der Gemeinwesenarbeiterin für den Stadtkreis 6 zurückzuführen (Bild Wolfensberger).

die Verwaltung suchte nach Gesprächspartnern in den einzelnen Quartieren. Der Gemeinderat (Exekutive) anerkannte, dass ein neues Quartierempfinden entstanden sei. Er nahm in Aussicht, provisorisch Kommissionen in allen Quartieren einzusetzen. Als wesentliche Vorbedingung verlangte er, dass die politischen Parteien, die nahezu alle quartiermässig organisiert sind, aber auch die Quartiervereine, die Haus- und Grundeigentümer und die Mieter in den Quartierkommissionen vertreten sein müssen. Gerade diese Forderung stiess in der Folge auf die Opposition der Quartiervereine. Sie glaubten, am besten und allein die Quartierinteressen vertreten zu können.

Im Jahre 1974 bildete sich im Stadtteil *Kirchenfeld-Brunnadern* (rund 10000 Einwohner, 1600 bewohnte Gebäude) eine lose Arbeitsgruppe ohne Rechtsform. Ihr Ziel war ein besserer Informationsaustausch zwischen Quartierbevölkerung und Verwaltung, die Förderung der Meinungsbildung zu Quartierfragen. Auf Anregung dieser Arbeitsgruppe wurde vom Stadtplanungsamt die Inventarisierung von schützenswerten Gebäudegruppen, von Einzelbauten und von Baumbeständen im Quartier in Auftrag gegeben. Erste Quartierversammlungen und Umfragen brachten Ansätze zur Erfassung bestehender Mängel und zur Formulierung von Zielvorstellungen. Daraus wurden unter anderem Begehren abgeleitet, die in der definitiven Fassung der neuen Bauordnung für die Stadt Bern Berücksichtigung fanden. Nach knapp dreijähriger Anlaufzeit ergab sich folgendes *Zwischenresultat*:

- die Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgruppe und der Verwaltung scheint vielversprechend,
- die Basis für die Interessenvertretung des Quartiers muss aber verbessert werden. Die «zufällig» entstandene Arbeitsgruppe im Quartier sollte repräsentativer für die von ihr vertretene Bevölkerung werden.

Gestützt auf diese Bilanz beschloss der Gemeinderat auf gemeinsamen Antrag der Arbeitsgruppe und des Stadtplanungsamtes die Ernennung einer «*Quartierkommission Kirchenfeld-Brunnadern*» provisorisch für zwei Jahre. Die Kommission umfasst nun 17 gewählte Mitglieder (nach Vorschlägen der Interessengruppen): zwei Vertreter des Quartiervereins, je einen Vertreter der in Fraktionsstärke im Stadtrat (Legislative) vertretenen Parteien, je einen Vertreter des Hauseigentümer- und Mieterverbandes, einen Vertreter des Stadtplanungsamtes (Koordinator zur Stadtverwaltung) und vier Fachleute, bzw. parteiungebundene Quartierbewohner.

Kontakte mit Behörden und Bevölkerung

Nach dem Auftrag des Gemeinderates hat die Quartierkommission generell die *Interessen des Quartiers* zu vertreten. Sie verfolgt dieses Ziel durch Kontakte mit den Quartierbewohnern und den Behörden. Sie befasst sich mit der Ausarbeitung von Zielvorstellungen über die Quartierstruktur und -gestaltung und nimmt sich den Verkehrsproblemen im Quartier an. Ein vom Gemeinderat genehmigtes Pflichtenheft umschreibt diese Aufgaben und die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, insbesondere deren Pflicht zur Einholung von Stellungnahmen. Die wichtigsten Probleme, die an Quartierversammlungen bisher zur Diskussion gestellt wurden:

- *Neue Bauordnung: Beurteilung aus der Sicht des Quartiers;*
- *Ausbau Flughafen Bern-Belp, von dem das Quartier teilweise betroffen würde;*
- *Neu- oder Umgestaltung einer Sportanlage (KA-WE-DE) im Quartier;*
- *Überbauung einer der letzten grossen Parzellen im Quartier mit Alterswohnungen und Quartierstützpunkt (Areal Mädchenheim Brunnadern);*
- *Entwürfe zu einem Verkehrsrichtplan für das Quartier und Vorschläge zu Verkehrsberuhigungsmassnahmen.*

Die Quartierversammlungen werden in der Regel von 80–200 Personen besucht. In mindestens vier Fällen kann angenommen werden, dass die politische Entscheidung und die Weiterbearbeitung eines Projektes *massgeblich beeinflusst* werden konnte: neue Bauordnung, Sanierung der KA-WE-DE, Überbauung Mädchenheim Brunnadern, Fussgänger-Unterführung Kirchenfeldstrasse/Aegertenstrasse.

Wie arbeitet die Quartierkommission?

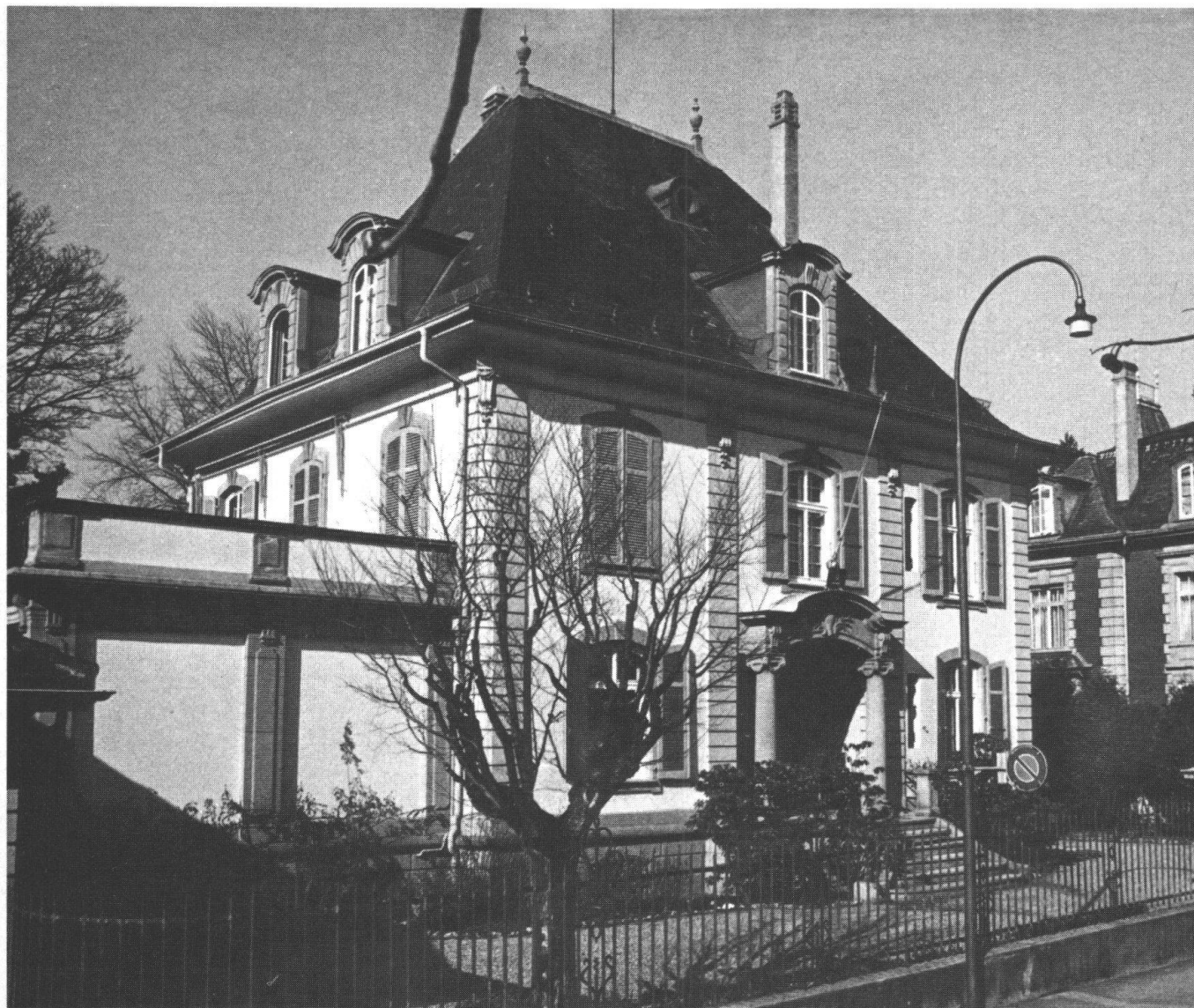
Innerhalb der Quartierkommission sind *Ausschüsse* zur Bearbeitung der einzelnen Problemkreise gebildet worden. Daneben nehmen sich Berater der Kommission Einzelproblemen an. Der *juristische Berater* prüft und behandelt alle Rechtsfragen. Im Baubewilligungsverfahren erhebt er gegebenenfalls zusammen mit dem Bauberater Einsprache gegen Bauvorhaben. Der *Bauberater* ist zuständig für allgemeine städtebauliche Quartierfragen, die Erhaltung und Pflege von wichtigen Einzelbauten und wesentlichen Elementen des Quartiergrüns. Er prüft unter Berücksichtigung des von ihm selbst im Auftrag des Stadtplanungsamtes erarbeiteten Quartierinventars die Auswirkungen neuer baurechtlicher Erlasse auf das Quartier. Er beurteilt alle Abbruch- und Baugesuche auf ihre Auswir-

kungen auf das Quartier. Unter Beachtung der Quartierinteressen kann er Gegenvorschläge ausarbeiten und private Bauinteressenten beraten. Bei grösseren Bauvorhaben (KA-WE-DE, Mädchenheim Brunnadern) konnte die Mitarbeit der Quartierkommission durch Delegation eines Vertreters in die Baukommission gesichert werden.

Ein Ausschuss begleitet die vom Stadtplanungsamt in Auftrag gegebenen Studien über Fragen der *baurechtlichen Ordnung* und der *Quartiergestaltung*. Dazu gehören: Unterlagen zu einem kommunalen Ergänzungsinventar gemäss neuer Bauordnung und Vorschläge zur Revision des Nutzungszonenplanes, zu Änderungen des Bauklassenplanes und zu Ergänzungen der Bauordnung. Ein wesentlicher Teil der Untersuchungen umfasst die Erhaltung bzw. Ergänzung des *Quartiergrüns*. Da-

für stehen wertvolle Unterlagen seitens der Stadtgärtnerei zur Verfügung. Schliesslich werden auch Gestaltungsfragen behandelt. In verschiedenen Problemkreisen wurden Anregungen seitens der Quartierbevölkerung berücksichtigt. Die Quartierkommission wird diese Vorschläge prüfen und dann der Verwaltung zur Stellungnahme unterbreiten. Die Ergebnisse sollen in geeigneter Form in einer *Quartiersversammlung* zur Diskussion gestellt werden, wegen der Fülle der Aussagen eine nicht leichte Aufgabe! Es kann heute schon gesagt werden, dass diese Studien wertvolle Anregungen geben zur Berücksichtigung der quartierspezifischen Werte in der Bau- und Nutzungsordnung und in Fragen der Quartiergestaltung. Wie diese Vorschläge in konkrete Massnahmen umgesetzt werden können, bleibt vorläufig allerdings noch

Die Quartierkommission Kirchenfeld-Brunnadern hat ein Quartierinventar erstellt: Nach ihrem Vorschlag ist diese Villa «besonders schützenswert» und die Gartenanlage «erhaltenswürdig» (Bild: Althaus).



offen. Der Ausschuss für *Verkehrsfragen* hat sich die Aufgabe gestellt, der Verwaltung den Entwurf zu einem Verkehrsrichtplan vorzulegen. In viel Kleinarbeit wurden u. a. Vorschläge ausgearbeitet für einen verbesserten Fussgängerschutz, eine sicherere Führung der Radfahrer durch dazu geeignete Nebenstrassen, für Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Wohngebieten und für eine Attraktivierung der Bedienung des Quartiers durch den öffentlichen Verkehr. Die bisher erarbeiteten Vorschläge für Sofortmassnahmen und für eine Richtplanung wurden von der Verwaltung allgemein gut aufgenommen. Allerdings stösst deren Realisierung – wie ja auf dem ganzen übrigen Stadtgebiet – auf *viele Schwierigkeiten*: Anstösser der Ensingerstrasse wehren sich gegen eine neue Führung der Radfahrer, weil sie die damit verbundene Reduktion der Zahl von Parkplätzen ablehnen. Das Projekt für die Sanierung der Verkehrsverhältnisse beim Schlosshaldendreieck wird vom Stadtrat zurückgewiesen. Die Verwaltung und die Quartierkommission haben es unterlassen, den Quartierverein des ausserhalb des Planungsgebietes der Kommission liegenden Quartiers zu konsultieren und dessen Vorstellungen zu berücksichtigen. Vorschläge für die Eindämmung der in den Wohngebieten parkierenden Pendler scheitern vorläufig an gesetzlichen Vorschriften.

Voraussetzung für echten Dialog

Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Quartierkommission nicht nur Anhänger hat. Von seiten des Quartiervereins braucht es zweifellos Grosszügigkeit, beim laufenden Versuch mitzumachen; hingegen scheinen sich immer noch andere Quartiervereine konkurrenziert zu fühlen. Auch Parteien befürchten offenbar, dass ihnen das Wasser abgegraben wird, und schliesslich werden Befürchtungen über den Missbrauch solcher Institutionen durch politisch besonders aktive Organisationen laut. Alle diese Kritiker übersehen, dass es der Quartierkommission um nichts anderes geht als um die *Zusammenfassung aller Bemühungen in der Quartierpolitik*. Sie versucht einer Verpflichtung nachzukommen, wie sie bereits 1957 vom damaligen *Bundesrat Feldmann* umschrieben wurde: «Es ist die Verpflichtung, Bern die Kostbarkeiten eines Stadtbildes zu erhalten; nicht um tote Steine aufzubewahren, muss diese Verpflichtung erfüllt werden, sondern es geht darum, dass Bern sich selber die Treue hält.» (Quelle: «Vom alten Bern», 1975).

«Von Konkurrenzsituationen innerhalb der Kommission oder zwischen der Kommission und den

die Mitglieder stellenden Gruppierungen war bis heute nichts zu merken. Wir dürfen deshalb ruhig behaupten, dass sich die Zusammenarbeit mit dem Quartier gut eingespielt hat. Damit sind auch die Voraussetzungen gegeben, um als Gesprächspartner der Verwaltung anerkannt zu werden. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Verwaltungsstellen hat sich inzwischen gut eingespielt und bietet die für einen *echten Dialog* nötigen Voraussetzungen.» So die Feststellungen der Quartierkommission in ihrem Bericht an den Gemeinderat am Schluss der zweijährigen Versuchsperiode. Dieser Wertung kann auch der Vertreter des Stadtplanungsamtes in der Quartierkommission zustimmen.

Modell für andere Fälle?

Bei der Ernennung der Quartierkommission Kirchenfeld-Brunnaden hielt der Gemeinderat fest, dass mit der Schaffung dieser Kommission für die anderen Quartiere noch nichts präjudiziert sei, weder dem Grundsatz nach, noch in bezug auf die Ausgestaltung einer solchen Kommission. Es müsste vom betreffenden Quartier eine in dem Sinn qualifizierte Initiative ausgehen, dass der Nachweis einer möglichen (sogar schon funktionierenden) Zusammenarbeit der in Betracht fallenden Quartierorganisationen erbracht wird. In verschiedenen andern Quartieren laufen derzeit Versuche der Beteiligung nach anderen Modellen. In der *Pilotstudie Länggasse* wird eine Mitarbeit möglichst breiter Bevölkerungskreise in den verschiedenen Teilbereichen der Planung (sachbezogen und bezogen auf einzelne Quartierteile) angestrebt. In anderen Quartieren bemühen sich vor allem die Quartiervereine um Anerkennung als Gesprächspartner der Verwaltung. Hier beschränken sich die Bemühungen vorerst hauptsächlich auf Fragen eines Quartierinventars und Probleme der Verkehrsführung.

Die Verhältnisse im Quartier Kirchenfeld-Brunnaden liegen einfacher als in anderen Stadtteilen. Bau- und Bevölkerungsstruktur sind einigermaßen homogen. Probleme gibt es, aber vielleicht weniger schwerwiegende als andernorts. Das Modell der Quartierkommission wird *nicht ohne weiteres für andere Quartiere anwendbar* sein. In den anderen Quartieren können ganz andere Lösungen ebenso zweckmässig sein. Für das Quartier Kirchenfeld-Brunnaden aber ist die Quartierkommission ein gangbarer Weg zur Mitarbeit in quartierspezifischen Fragen.

A. Spring, stellvertretender
Stadtplaner Bern

Ein Mittel zur Selbsthilfe:

Gemeinwesenberatung in den Quartieren

In den letzten Jahren ist ein neuer Begriff aufgetaucht: die Gemeinwesenarbeit, die Gemeinwesenberatung. Aus der Sozialarbeit entwickelt, beschäftigt sie sich mit einer Gruppe von Menschen mit gemeinsamen Problemen und will ihnen helfen, diese selber zu lösen. Beispielsweise beim Versuch, ihr Quartier wohnlicher, menschlicher zu gestalten. Und indem die Gruppe die ihr zustehenden demokratischen Mittel voll ausschöpft.

Im Gegensatz zum Sozialarbeiter leistet der Gemeinwesenberater *keine sogenannte Einzelhilfe*. Seine Aufgabe ist es nicht, sich einem einzelnen Betagten zuzuwenden, oder einem Alkoholiker beizustehen, oder einer Familie aus einem finanziellen Engpass herauszuhelfen. Ein Gemeinwesenberater wendet sich stets – wie es der Ausdruck sagt – an eine *Gemeinschaft*, an ein *Gemeinwesen*. Handelt es sich um die Gemeinschaft in einem Betrieb, oder dreht es sich um die Gemeinschaft einer sprachlichen Minorität, so sprechen die Fachleute von funktionaler Gemeinwesenberatung. Eine weitere Möglichkeit: die sogenannte territoriale Gemeinwesenberatung. Und von ihr soll hier die Rede sein. Territoriale Gemeinwesenberatung setzt sich für das Wohlbefinden aller Bewohner eines bestimmten Gebietes ein, eines Stadtteils zum Beispiel, oder eines Quartiers.

Sprachrohre der Bevölkerung?

In den Quartieren und Stadtteilen gibt es nun aber noch andere Personen und Institutionen, welche sich anheischig machen, für die Bewohner da zu sein: die *Lokalpolitiker* und die *Quartier-Organisationen*. Ihren Standpunkt als Lokalpolitiker formulieren sie etwa so: «Wir stehen zur Verfügung, die Bevölkerung kann sich an uns wenden. Wir sind die Anwälte der Bevölkerung und wir leiten ihre Wünsche weiter.» Es besteht kein Zweifel, dass es den Kommunalpolitikern mit diesen Beteuerungen ernst ist, und dass sie auch entsprechend handeln. Zweifel sind höchstens anzumelden, ob denn die Bevölkerung von diesem Angebot auch wirk-

lich in genügendem Masse *Gebrauch* machen kann. Wer von den Bewohnern eines Quartiers kennt die zuständigen Politiker beim Namen? Wer kennt sie persönlich? Wie viele getrauen sich, die Politiker anzurufen, ihnen zu schreiben? – Wenige! Man könnte, wenn man wollte – aber man tut es kaum. Warum eigentlich? Es gehört mit zu den Aufgaben eines Gemeinwesenberaters, mitzuhelfen, damit die *Verbindungen zwischen der Bevölkerung und ihren Lokalpolitikern* besser funktioniert.

Dann gibt es in den Städten die *Quartier-Organisationen*, die alteingesessenen und die neu gegründeten, welche sich um Quartierfragen kümmern. Die alteingesessenen Organisationen heissen in Zürich Quartiervereine. Auch in Basel ist diese Bezeichnung geläufig. In Bern und Thun hingegen nennen sie sich Quartierleiste. In St. Gallen gibt es auch noch sogenannte Gassengesellschaften. Diese Organisationen nehmen für sich in Anspruch, *Sprachrohr der Bevölkerung* zu sein. Auch an sie kann man sich mit seinen Quartiersorgen wenden. Einzelne Bewohner tun dies auch. Manche treten der Organisation bei. Und trotzdem: die Legitimation dieser Organisationen, die gesamte Quartierbevölkerung zu vertreten, steht in der Regel auf wackligen Füßen. Es handelt sich weder um gewählte Gremien noch um Bewohner-Vereine, denen jeder Bewohner – oder doch jeder Haushalt – beitreten muss. Wie stark und wie wirksam ein Quartierverein ist, hängt von der *Initiative Einzelner* ab. Auch muss gesagt sein, dass die Vorstände der Quartier-Organisationen lange nicht immer Spiegelbild der politischen Landschaft im Quartier sind.

Die Legitimitätsfrage stellt sich nicht nur bei den alteingesessenen Organisationen, sondern auch bei den neugegründeten Gruppen. Nur erheben diese kaum den Anspruch, repräsentativ zu sein für das Quartier, in dem sie arbeiten. Meistens kümmern sich diese Gruppen um *einzelne Sachfragen*: um den Ausbau eines Spielplatzes, um die Öffnung eines Hinterhofes, um Krippen- und Schulfragen. Solche Gruppen bieten Gelegenheit, sich am Geschick des Quartiers aktiv zu beteiligen. Sie haben überdies noch das Verdienst, Wünsche nicht einfach an die Verwaltung weiterzuleiten; wer in solchen Gruppen mitarbeitet, legt sehr oft selber Hand an und leistet praktische Arbeit. Dies geschieht zum Beispiel in Form von Fronarbeit oder von einem Hütedienst auf Kinderspielplätzen.

Um eine spürbare Verbesserung unserer Städte zu erzielen, würde es eine *grosse Zahl* solcher Gruppen brauchen. Nun zeigt es sich aber, dass sie selten von alleine entstehen. Und hier wiederum setzt die *Arbeit eines Gemeinwesenberaters* ein: das



Quartierorganisationen können zum Sprachrohr der Bevölkerung werden. Sie setzen sich vor allem für einzelne Sachfragen – wie den Bau eines Kinderspielplatzes – ein (Bild: Wolfensberger).

Gründen und Begleiten solcher aktiver Bevölkerungsgruppen steht ebenfalls im Pflichtenheft eines Gemeinwesenberaters.

Quartierbewohner benachteiligt

Ein Merkmal der direkten Demokratie ist die Möglichkeit der Abstimmungsberechtigten, auf Bundesebene, auf kantonaler und kommunaler Ebene über Sachfragen zu entscheiden. Auf dem Niveau des *Quartiers* allerdings gibt es diese Möglichkeit nicht, obschon viele Quartiere mehr Einwohner umfassen als manche kleinen Gemeinden, die ihre Belange in eigener Kompetenz regeln. Es stimmt natürlich: auch jeder Quartierbewohner stimmt ab über eine neue Strasse in seinem Quartier, aber nicht nur die Quartierbewohner tun dies, sämtliche Stadtbewohner verfügen über das gleiche Recht. Das Problem liegt darin, dass viele Entscheidungen allzuweit vom Schuss der Betroffenen gefällt werden. In diesem Punkte sind die Quartierbewohner einer Stadt gegenüber den Dorfbewohnern in der Agglomeration oder im Kanton draussen *benachteiligt*. Der Selbständigerwerbende, der vor einiger Zeit aus der Stadt ins sogenannte Grüne gezogen ist, sitzt in der Brunnenkommission, in der Strassenkommission, in der Waldkommission... zusammen mit dem Bauern, dessen Familie seit Generationen hier wohnt, und zusammen mit dem Angestellten, welcher seiner – eben-

falls ins Grüne hinausgewanderten – Firma nachgezogen ist. Sie alle haben die Möglichkeit, auf ihre Umgebung *Einfluss* zu nehmen, *Verantwortung* zu tragen für ihren Lebensbereich. Sie genießen das Recht, dies in weit grösserem Umfang zu tun als ein Stadtbewohner.

Nun gibt es aber in einer direkten Demokratie ausser den Wahlen und Abstimmungen noch andere Möglichkeiten, seinen Einfluss geltend zu machen. In der Arbeitswelt sind es die *Gewerkschaften*, welche die Anliegen der Arbeitnehmer vertreten, und es sind die *Interessengemeinschaften*, welche die Wünsche der Arbeitgeber formulieren und versuchen, ihnen Nachdruck zu verleihen. Dazu kommen die *Berufsverbände*. Was ist aber mit der Bevölkerung ausserhalb der Arbeitswelt? Der «Bürger im Erwerbsleben» kann im Gegensatz zum «Bürger im Privatleben» seine Bedürfnisse weit besser artikulieren und durchsetzen. Die privaten Anliegen – zum Beispiel Anliegen, welche den nächsten Lebensbereich eines Menschen betreffen – können zwar in die Kreispartei eingebracht werden, oder in die Quartier-Organisationen, oder in spezielle Vereine, wie Fussgängerverein oder Auto-Clubs. Lange nicht alle «Bürger im Privatleben» sind aber in bestehenden Organisationen erfasst. Diese Bürger gilt es dafür zu gewinnen, ihre Anliegen zu formulieren und sie im Rahmen demokratischer Spielregeln auch durchzusetzen.

BÜRGER

BÜRGER IM PRIVATLEBEN

passiver Bürger

aktiver, nicht organisierter Bürger

aktiver, privat organisierter Bürger

politisch organisierter Bürger

BÜRGER IM ERWERBSLEBEN

Arbeit im Sektor Landwirtschaft

Arbeit im Sektor Produktion

Arbeit im Sektor Dienstleistungen

?

PARTEIEN

GEWERKSCHAFTEN

INTERESSEN-
GEMEINSCHAFTEN

BERUFSVERBÄNDE

GEMEINWESEN
BERATER

LEGISLATIVE

EXEKUTIVE

VERWALTUNG

WAHLEN

ABSTIMMUNGEN

Bestehende Einrichtungen besser nutzen

Der Gemeinwesenberater ist nicht als «Lobby des Privatmannes» zu verstehen, sondern als eine Hilfe an den Bürger, sich selber zu helfen. Es leuchtet deshalb ein, dass der Gemeinwesenberater in keiner Weise an die Stelle demokratischer Einrichtungen oder bestehender Organisationen tritt, sondern dass er den Bürger unterstützt, die bestehenden Einrichtungen und die bestehenden Organisationen besser zu nutzen oder, falls Lücken bestehen, solche Organisationen zu gründen. Es gilt, der zunehmenden *Verstädterung* Rechnung zu tragen und *neue Formen* zu finden, die den Bewohnern unserer Städte wieder erlauben, vermehrt Anteil zu nehmen an der Gestaltung ihrer nächsten Umgebung. Nur wenn sie dies können, werden sie auch daran interessiert sein, Anteil zu nehmen an Dingen, welche den ganzen Staat betreffen; dieses Interesse ist bei vielen im Schwinden begriffen, die Stimmabstänzen ist, wie wir wissen, ein Anzeichen dafür.

Um eine Anteilnahme der Bürger am Geschick des Gemeinwesens besser zu ermöglichen, benötigen wir zweierlei: *Strukturen*, im Rahmen derer Verantwortung verteilt werden kann, und eine *Fachkraft*, welche der inaktiv gewordenen Bevölkerung hilft, Verantwortung für die Gemeinschaft zu tragen. Auch Städter müssen sich wieder daran gewöhnen, die Bedürfnisse ihrer nächsten Umwelt zu erkennen, sie zu formulieren und die Anregungen schliesslich in die richtigen Entscheidungsinstanzen einzubringen. Und genau so lautet der Auftrag an die Gemeinwesenberater, die von der städtischen Verwaltung, von kirchlichen Organisationen oder von privaten Trägerschaften beauftragt sind, *Stadtarbeit* zu leisten.

Ursula Rellstab

Anmerkung der Redaktion: Von der Autorin obigen Artikels ist im Verlag Pro Juventute, Postfach, 8022 Zürich, soeben ein 148 Seiten und 33 Bilder umfassendes Buch mit dem Titel «Stadt-Quartier» erschienen, in dem anhand von zwei Zürcher Beispielen auf Möglichkeiten der Quartierarbeit eingegangen wird. Eine lohnenswerte Lektüre!

Gegen die 98000 Flugbewegungen der Kleinflugzeuge auf dem Belpmoos wehren sich die Anwohner der umliegenden Gemeinden. So nahmen in Belp von 129 befragten Personen 120 gegen den Flugplatz Stellung (oben). Das Belpmoos liegt topographisch ungünstig in einer Wanne (Mitte). Günstig gelegen ist es jedoch für die Ziele der «Aktion Belpmoos für alle»: Diese Bürgergruppe möchte anstelle des Flugplatzes und anschliessend an die hinter dem Flugplatzareal beginnende Naturschutzzone (unten) einen Naturlehrpfad und eine Freizeitanlage errichten (Bilder: Schmidt).

